

## Niederschrift

öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses

**Sitzungstermin:** Dienstag, 22.01.2008  
**Sitzungsbeginn:** 17:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:30 Uhr  
**Raum, Ort:** großer Sitzungssaal des Rathauses

### Anwesend sind:

#### **Vorsitzende/r:**

Flinks, Hans-Peter Stadtverordneter

#### **stellv. Vorsitzende/r:**

Bunse, Klaus Stadtverordneter

Vorsitz zu TOP 2

#### **ordentliches Mitglied:**

Bleker, Werner sachk. Bürger/in

Bonin, Hans Stadtverordneter

Vertretung für Herrn  
Stadtverordneter Dieter  
Eggern

bis 18.40 Uhr

Dost, Ursula Stadtverordnete

Ebbing, Brigitte Stadtverordnete

Vertretung für Herrn  
Stadtverordneter Uwe Klemm-  
Terfort

Ebbing, Marie-Luise Stadtverordnete

Finke, Alfons Stadtverordneter

Gliem, Helga Stadtverordnete

Vertretung für Frau sachk.  
Bürger/in Maja Saatkamp

Hellenkamp, Kurt Stadtverordneter

Honorbom, Susanne Stadtverordnete

Jägering Dr., Stefan Stadtverordneter

bis 19.10 Uhr

Kindermann, Kurt sachk. Bürger/in

Vertretung für Frau  
Stadtverordnete Evegret  
Kindermann

Kipp, Josef Stadtverordneter  
 König, Antonius Stadtverordneter  
 Kranenburg, Inge Stadtverordneter  
 Ossing, Alois Stadtverordneter

Vertretung für Herrn  
 Stadtverordneter Günter Stork

Rottbeck, Britta Stadtverordneter  
 Wesseling-Effing, Heinrich Stadtverordneter

**Gäste:**

Dünthe, Franz-Wilhelm Stadtverordneter  
 Lenartz, Johannes sachk. Bürger  
 Seggwiß, Alfons sachk. Bürger/in

**Ortsvorsteher/in:**

Butenweg, Ferdinand Ortsvorsteher  
 Fasselt, Aloys Ortsvorsteher

**Verwaltungsmitarbeiter/in:**

Höving, Norbert Technischer Beigeordneter  
 Lührmann, Rolf Bürgermeister  
 Robers, Richard Fachbereichsleiter  
 Wiggeshoff, Stefan Fachbereichsleiter  
 Klein-Bösing, Ludger Fachabteilungsleiter  
 Dahlhaus, Martin Sachbearbeiter  
 Kemper, Bernd Pressesprecher

bis 18.30 Uhr

**Schriftführer/in:**

Mertens, Maria

**Es fehlen entschuldigt:**

**ordentliches Mitglied:**

Eggern, Dieter Stadtverordneter  
 Kindermann, Evegret Stadtverordneter  
 Klemm-Terfort, Uwe Stadtverordneter  
 Saatkamp, Maja sachk. Bürger/in  
 Stork, Günter Stadtverordneter

## Abgewickelte Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1           Eröffnung der Sitzung
  
- 2           Bebauungsplan BO 15a (Gelsenkirchener Straße-West), 1. Änderung, Ergebnis der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss  
Vorlage: V 2008/003
  
- 3           Bebauungsplan GE 14, 9. Änderung, Beschluss zur Aufstellung im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB  
Vorlage: V 2008/001
  
- 4           Bebauungsplan GE 18 (Schulzentrum II), 5. Änderung, Ergebnis der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss  
Vorlage: V 2008/002
  
- 5           Bebauungsplan WE 6a (Mehe-Ost), 1. Änderung, Ergebnis der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss  
Vorlage: V 2008/004
  
- 6           Radweg Otto-Hahn-Straße  
Vorlage: V 2008/005
  
- 7           Verkehrssicherheit im Zuge der L 600 - Borkener Straße - im Stadtteil Burlo  
Antrag der UWG Fraktion vom 17.10.2007  
Antrag der CDU-Fraktion vom 22.10.2001; Schreiben des CDU-Ortsverbandes Borkenwirthe-Burlo vom 20.11.2007 und 10.12.2007  
Vorlage: V 2008/006
  
- 8           Verkehrsberuhigung Neumühlenallee/Mozartstraße  
Antrag der UWG Fraktion vom 17.10.2007  
Vorlage: V 2008/007
  
- 9           Bauentwicklung - Sozialkulturelles Zentrum Borken (Umbau der ehemaligen St. Josefkirche)  
Bericht der Verwaltung  
Vorlage: V 2008/010
  
- 10          Widmung von Straßen  
Vorlage: V 2008/008
  
- 11          Mitteilungen und Anfragen

### Öffentlicher Teil

#### zu 1        Eröffnung der Sitzung

---

**Vorsitzender Flinks** eröffnet die Sitzung.

**Sachkundiger Bürger Bleker** informiert, dass die Veröffentlichung der Sitzung fehlerhaft sei.

Im Rahmen der öffentlichen Bekanntmachung sei die Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses fälschlicherweise als Sitzung des Rates der Stadt Borken angekündigt worden.

Er sehe in diesem Fehler die Gefahr, dass sofern in der Sitzung Beschlüsse, insbesondere Satzungsbeschlüsse zu den Bebauungsplänen, gefasst werden sollten, diese angefochten werden könnten.

**Bürgermeister Lührmann** erklärt, dass es vor diesem Hintergrund nur die Möglichkeit gebe, die Sitzung bis zur kommenden Woche zu vertagen bzw. heute die Angelegenheiten zu beraten allerdings keine Beschlüsse zu fassen. Die Beschlussfassung müsse dann in der kommenden Sitzung erfolgen.

**Vorsitzender Flinks** lässt wie folgt abstimmen.

**Beschluss:**

Die Mitglieder der Umwelt- und Planungsausschusses werden in der Sitzung die Punkte der Tagesordnung beraten.

Beschlüsse zu den Punkten werden heute nicht gefasst.

Die anstehenden Tagesordnungspunkte werden zu Beginn der nächsten Sitzung beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** Annahme bei 15 Ja-Stimmen und  
4 Gegenstimmen

**zu 2      Bebauungsplan BO 15a (Gelsenkirchener Straße-West), 1. Änderung, Ergebnis der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss  
Vorlage: V 2008/003**

---

**Vorsitzender Flinks** erklärt sich für befangen und bittet **Stadtverordneten Bunse** um Übernahme des Vorsitzes zu diesem Tagesordnungspunkt.

**zu 3      Bebauungsplan GE 14, 9. Änderung, Beschluss zur Aufstellung im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB  
Vorlage: V 2008/001**

---

**zu 4      Bebauungsplan GE 18 (Schulzentrum II), 5. Änderung, Ergebnis der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss  
Vorlage: V 2008/002**

---

**zu 5      Bebauungsplan WE 6a (Mehe-Ost), 1. Änderung, Ergebnis der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss  
Vorlage: V 2008/004**

---

**zu 6      Radweg Otto-Hahn-Straße  
Vorlage: V 2008/005**

---

Im Anschluss an den detaillierten Sachvortrag von **Fachbereichsleiter Wiggeshoff** zeichnet sich eine breite Zustimmung zu den als Variante 1 dargestellten beidseitigen Radfahrer-Schutzstreifen auf der Fahrbahn der Otto-Hahn-Straße ab.

**Stadtverordnete Gliem** stellt für ihre Fraktion eine weitere Alternative vor, indem sie anregt, den nördlichen Mehrzweckstreifen in seiner Funktion zu erhalten und lediglich den südlichen Mehrzweckstreifen zu einem Fahrradweg umzufunktionieren. Entsprechend den in der Vorlage dargestellten Kosten gehe sie hierfür von einem Kostenrahmen in Höhe von 65.000,00 € aus. Problematisch sei jedoch, dass im Bereich der Ein- und Ausfahrten zu den Großparkplätzen immer wieder parkende LKW und Anhänger eine Gefahr für die Radfahrer darstellten.

**Fachbereichsleiter Robers** führt hierzu aus, dass es rechtlich zulässig sei, Fahrzeuganhänger bis zu 14 Tagen im öffentlichen Verkehrsraum abzustellen. Die jeweiligen Halter der Fahrzeuge wüssten dieses und würden sich dementsprechend verhalten. Eine Handhabe seitens der Verwaltung gebe es daher nicht.

Anders sei allerdings die Sachlage zu beurteilen, wenn es sich um das Abstellen von mobilen Werbetafeln handele. Hier schreite die Verwaltung ein.

**zu 7**      **Verkehrssicherheit im Zuge der L 600 - Borkener Straße - im Stadtteil Burlo**  
**Antrag der UWG Fraktion vom 17.10.2007**  
**Antrag der CDU-Fraktion vom 22.10.2001; Schreiben des CDU-Ortsverbandes Borkenwirthe-Burlo vom 20.11.2007 und 10.12.2007**  
**Vorlage: V 2008/006**

---

**zu 1.:**

**Fachbereichsleiter Robers** erläutert in seinem Sachvortrag die besondere Verkehrssituation in Burlo. Als Besonderheit für Burlo sei zu beachten, dass die örtlichen Schulen insgesamt jenseits der Landstraße lägen. Die im Rahmen der Geschwindigkeitsmessungen ermittelten Ergebnisse machten insbesondere im Hinblick auf die Schulwegsicherheit der Grundschul Kinder Sorgen.

Der Wunsch der Stadt Borken im Bereich des Überweges Oblatenstraße eine Fußgänger-Ampel zu installieren, werde allerdings vom Landesbetrieb und der Polizei nicht mitgetragen.

Der Landesbetrieb führe insbesondere an, dass aufgrund der geringen Verkehrsbelastung und des unauffälligen Unfallgeschehens an dieser Stelle die verkehrlichen Voraussetzungen für eine Signalanlage nicht vorlägen. Weiterhin könne sich eine Fußgängerampel hinsichtlich der Verkehrssicherheit negativ auswirken. Die Wartezeit verleite womöglich dazu, bei geringer Verkehrsstärke schon bei Rot zu queren bzw. bei Grünlicht zu beschleunigen, was zu überhöhter Geschwindigkeit führe.

Die Polizei sehe ebenfalls keine Notwendigkeit für eine Fußgängerampel. Aufgrund der durchgeführten Beobachtungen halte sie den jetzigen Fußgängerweg für eine sichere Querungsmöglichkeit. Sie sehe keine Anhaltspunkte für die Gefährdung der querenden Grundschüler. Der Bezirksdienst betreibe in regelmäßigen Zeitabständen Schulwegsicherung an diesem Überweg. Zur Verbesserung der Situation werde vorgeschlagen, wie an der Dunkerstraße die Verkehrszeichen auszutauschen, eine DIN-

gerechte Beleuchtung zu installieren und im nördlichen Bereich der Borkener Straße zwei Bäume zu entfernen, die eine Sichtbehinderung darstellten.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion wird die seitens der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen zur Schulwegsicherung einhellig begrüßt.

## **Zu 2.:**

**Technischer Beigeordneter Höving** stellt die Ergebnisse der aktuellen Verkehrszählungen vor.

Für die Anerkennung eines Bedarfs, der mit einer Fördermittelgewährung für den Bau einer Ortsumgehungsstraße seitens des Landes NRW verbunden wäre, reichten die ermittelten Belastungswerte nicht aus.

Aus seiner Sicht würde eine Ortsumgehungsstraße große Flächenpotentiale für Wohn- und Gewerbeflächenenerweiterungen bieten. Eine entsprechende Entwicklung zeichne sich mittelfristig nicht ab. Der als Belastung empfundene Schwerlastverkehr mache bei ca. 450 Fahrzeugen am Tag keinen hohen Verkehrsanteil aus, der zur Begründung des Bedarfs herangezogen werden könnte.

Daher solle das Thema Ortsumgehung Burlo bei entsprechend negativer Stellungnahme seitens der Landesbetriebe Straßenbau NRW nicht weiterverfolgt werden.

Bürgermeister Lührmann ergänzt, dass hier auch insbesondere die Frage zu berücksichtigen sei, ob das ermittelte Verkehrsaufkommen das erforderliche Finanzvolumen sowie den damit einhergehenden Eingriff in Natur und Landschaft rechtfertigen könne.

Insbesondere einige CDU- und UWG-Stadtverordnete weisen darauf hin, dass die Belastung durch den LKW-Verkehr sowie auch den landwirtschaftlichen Verkehr für Burlo nicht mehr tragbar sei.

**Stadtverordnete Brigitte Ebbing** ist der Meinung, dass die erfolgte Verkehrszählung zudem in einer Jahreszeit stattgefunden habe, in der die Bedeutung des landwirtschaftlichen Ernteverkehrs nicht mehr ermittelt werden konnte. Hier sollte die Verwaltung ihre ablehnende Haltung überdenken.

Im Laufe der Diskussion wird allgemein angeregt, über kleinere Maßnahmen der Verkehrslenkung nachzudenken.

**Stadtverordneter Bunse** weist darauf hin, dass eine Ortsumgehungsstraße auch negative Auswirkungen auf den schon schwach besetzten Einzelhandel haben könnte.

---

## **zu 8 Verkehrsberuhigung Neumühlenallee/Mozartstraße Antrag der UWG Fraktion vom 17.10.2007 Vorlage: V 2008/007**

**Fachbereichsleiter Robers** weist darauf hin, dass das durch die Unterschriftenlisten dokumentierte besondere Interesse erst mit Eingang des UWG-Antrages bei der Verwaltung bekannt geworden sei. Vorher habe die Verwaltung hiervon keine Kenntnis gehabt.

---

## **zu 9 Bauentwicklung - Sozialkulturelles Zentrum Borken (Umbau der ehemaligen St. Josefkirche) Bericht der Verwaltung Vorlage: V 2008/010**

**Stadtverordneter Josef Kipp** erkundigt sich, ob die Kosten der Trockenlegung des

Kirchengebäudes bereits im Rahmen der Kostenermittlung berücksichtigt worden seien.

**Technischer Beigeordneter Höving** erläutert, dass es möglich gewesen sei, im Rahmen von Nachverhandlungen zu einzelnen Vergaben Einsparungen zu erzielen, die dazu führten, dass diese Kosten das Gesamtvolumen nicht vergrößern. Er schlage dem Umweltausschuss weiterhin vor, nach Abschluss der Rohbauarbeiten einen Termin für eine Baustellenbesichtigung vorzusehen.

**zu 10      Widmung von Straßen**  
**Vorlage: V 2008/008**

---

**zu 11      Mitteilungen und Anfragen**

---

**Straßenbaumaßnahmen des Kreises Borken im Stadtgebiet:**

**Fachbereichsleiter Wiggeshoff** gibt bekannt, dass der Kreis Borken im laufenden Jahr vier Straßenbaumaßnahmen im Bereich der Stadt Borken realisieren werde. Es handele sich um die Radwegmaßnahmen im Bereich Hessenspoor und K 40 Ramsdorf sowie um Deckenarbeiten an der K8 und im Bereich B 67-L 897.

**Villa Lühl an der Ahauser Straße:**

**Fachabteilungsleiter Klein-Bösing** informiert, dass für das Objekt ein Bauantrag über sechs barrierefreie Wohnungen vorliege. Für den Anbau sei ein Abbruch vorgesehen.

Stadtverordneter Hans-Peter Flinks  
Ausschussvorsitzende/r

Stadtverordneter Klaus Bunse  
Ausschussvorsitzende/r zu TOP 2

Maria Mertens  
Schriftführer/in